

DONALD TRUMP

Amerikas blonder Mussolini

Warum Donald Trump die Republikanische Partei kapern konnte. Und was das für die Zukunft bedeutet.

VON Josef Joffe | 21. November 2016 - 15:25 Uhr

Hillary Clinton und Donald Trump machen keinen Wahlkampf in Kalifornien. Denn dieser Bundesstaat, größer als Deutschland und reicher als Frankreich, ist tiefblau eingefärbt – in der Farbe der Demokratischen Partei. Die Republikaner tragen SPD-Rot. Seit dreißig Jahren wählt der "Goldene Staat" nur noch Blau. Der Einsatz lohnt sich also für beide Kandidaten nicht. Clinton wird hier garantiert gewinnen; Trump liegt mit 20 Prozentpunkten weit hinter ihr.

Der liebe Gott hat auch schon entschieden. Denn nach einem Jahrfünft Dürre, in dem die Leute ihren Rasen zugunsten grülicher Schieferplatten geopfert haben, regnet es wieder in Kalifornien. Der himmlische Segen signalisiert offensichtlich, dass Clinton Country auf der richtigen Seite steht. Den abgeschlagenen Republikanern bleibt nur der Trost, wieder ohne Schuldgefühle duschen zu dürfen.

In der nationalen Arena sieht es nicht ganz so bitter für "The Donald" aus. Eine Umfrage wähnt Clinton mit zwölf Punkten vorn, eine andere meldet Gleichstand. Täglich drehen sich die Werte wie im Kaleidoskop, ganz gleich, welche monströsen Twitter-Granaten Trump auch abfeuert. Solche nationalen Umfragen sind so zuverlässig wie die Wettervorhersage für übermorgen.

Entscheidend für die Wahl am 8. November sind jene 14 lila Wackelstaaten, "Battleground States" genannt, die mal rot, mal blau wählen und deshalb den Ausschlag geben: Ohio, Florida, Iowa, Wisconsin ... Bis auf zwei tendieren sie diesmal alle zu Blau. Nach heutigem Stand darf Clinton mit einer bequemen Mehrheit im Electoral College, einer Art Bundesversammlung, rechnen. Die Wettquoten stehen 85 zu 15 für Clinton.

Alles Auguren-Geschwätz? So wie beim Brexit, wo das Wahlvolk sich nicht an die Umfragen hielt? Wer's genau wissen will, muss in Deutschland leider bis zum frühen Morgen am Tag danach, dem 9. November, warten. Dann steht der Ausgang in Ohio fest. Wieso bloß Ohio? Dieser Schicksalsstaat an den Großen Seen wählt seit 1960 wie das ganze Land. Noch kein Republikaner hat je das Weiße Haus erobert, ohne Ohio zu kassieren. Wie es sich für einen guten Cliffhanger gehört, stehen hier die Umfragen halbe-halbe.

Lassen wir die Vogelschau. Die eigentliche Frage, die Amerika auch in den nächsten vier Jahren quälen wird, lautet: Wie konnte ein böser Clown wie Trump überhaupt so weit kommen? Dieser Pleitier und Steuer-Artist. Dieser falsche Fuffziger, der fünfmal die Partei gewechselt und sich das Republikaner-Etikett nur aufgeklebt hat, weil es gerade

so kommod war. Ein Mann, der fast jede Wählergruppe gefoult hat: Frauen, Behinderte, Latinos, Muslime, ja, auch Kriegshelden, die in Amerika Heiligenstatus genießen.

Die *New York Times* hat nachgezählt, wie oft Trump Menschen, Institutionen und Länder angerotzt hat, sogar die Major League Baseball, in ihrer Bedeutung das US-Pendant zur Bundesliga. Bislang 281 Mal. Selbst das "rote" *Wall Street Journal* hat ihn als "nut", als Durchgeknallten, tituliert. Er behandelt Fakten wie Knete. Er will Clinton einkerkeren, als bereite er eine Autokratie vor. Er will die Medien "umstrukturieren", sprich: sie unterwerfen. Trump schäumt jetzt schon: "Wahlfälschung!", mehrmals täglich. Er droht damit, einen Clinton-Sieg nicht hinzunehmen, statt, wie es die Tradition vom Verlierer fordert, Glückwünsche zu senden. Was dann? Auf Washington marschieren, wie Mussolini 1922 auf Rom?

Was ist los in einer der ältesten Demokratien, die seit 1776 alle Attacken abgewehrt hat? Es tobt, wie in Europa, der Populismus – der Aufstand gegen die "Eliten" und deren repressive Deutungshoheit. Die Revolte lodert nicht nur rechts. Auf der Linken hätte der selbst ernannte Sozialist Bernie Sanders Hillary Clinton fast die Kandidatur geraubt. Wie Trump ist der Senator aus Vermont der klassische Außenseiter, der in normalen Zeiten schon beim Start gestürzt wäre. Geschmeidig wie Trump, ist der Parteilose erst 2015 zum Demokraten mutiert.

Wie Trump will "The Bern" den Freihandel kippen und die Wall Street züchtigen. Dazu will er ein Füllhorn staatlicher Goodies über das Land ausgießen: Umsonst-Studium für alle, gesetzliche Krankenversicherung, hohe Mindestlöhne – Umverteilung en gros. So hat Sanders in der Bastion des Raubtierkapitalismus 19 Vorwahlen gegen Clinton gewonnen.

Dass Außerirdische wie Trump und Sanders so weit gekommen sind, ist in der amerikanischen Politik nicht vorgesehen. Das Zweiparteiensystem ist dazu da, Extreme zu integrieren oder zu isolieren. Ein paar Grad nach links oder rechts, mehr nicht. Jeder Pendelschlag gebiert den nächsten; das System zentriert sich alle vier Jahre aufs Neue.

Die Kampagne 2016 ist sozusagen außerhistorisch, irgendwie unamerikanisch. George W. Bushs Außenministerin Condoleezza Rice, die wieder in Stanford lehrt, stöhnt: "Diese Wahl ist unter unserer Würde. Wenn diese gespenstische Reality-TV-Show endlich gelaufen ist, müssen wir unsere Anstrengungen verdoppeln, um Amerika zu heilen."

Zuerst aber die Diagnose. Doug Rivers, Chefwissenschaftler bei YouGov, ist ein international angesehener Sozialforscher, der in seinem Büro hinter Bergen von Tabellenmaterial sitzt. Sein knapper Befund: "Die Leute sind wütend." Woher weiß er das? "Wir haben sie gefragt, wie oft sie etwas hören, was sie aufbringt. Sieben von zehn sagen ›täglich‹ oder ›mehrmals wöchentlich‹." Das klingt auch in Deutschland vertraut, wo seit Jahren der Wutbürger umgeht. Der echauffiert sich inzwischen von San Francisco bis Stockholm, quer durch die westliche Welt.

Arlie Hochschild, Soziologin in Berkeley, hat die amerikanische Variante in ihrem Buch *Strangers in Their Own Land* ("Fremde im eigenen Land") beschrieben. "Es sind Menschen, die sich vorkommen, als stünden sie in einer endlosen Schlange. Derweil sie geduldig warten, um dranzukommen, sehen sie weiter vorn Menschen, die sich mithilfe des Staates vordrängeln. Schwarze werden bevorzugt. Schwule kriegen eine Extrawurst, syrische Flüchtlinge den roten Teppich. Alle spielen das Opfer, während sie selbst klaglos schufteten und der Staat Faulheit belohnt. Sie kommen nicht voran."

Freilich warnt der Sozialforscher Rivers, dass hier nicht nur ein "Trumpfenproletariat" zum Sturm auf das Weiße Haus ansetze. Clinton hat sie die "Bedauernswerten" genannt: "Rassisten, Sexisten, Homophobe, Fremdenhasser, Islamophobe". Rivers, der Datensammler, hält dagegen: "Die Wutbürger leben in beiden Parteien. Es sind Schwarze und Weiße, Bessergestellte und Arme, Leute mit und ohne College-Abschluss. Sie alle fühlen sich benachteiligt und vergessen."

Trumpisten verdienen mehr und sind gebildeter als der Durchschnitt

Die Zahlen, erläutert Rivers, bestätigten nicht das probate Bild vom Klassenkampf: hier die Loser und Abgehängten, dort das Machtkartell der Privilegierten, die Sprache und Denken regulieren und von der Globalisierung profitieren. Nate Silver, der Guru der US-Wahlforschung, hat das Trumpfenproletariat in der Primary-Saison per Wahnfrage durchleuchtet. Sein Fazit: Trumpisten verdienen mehr und sind gebildeter als der Durchschnitt. Das Gallup-Institut hat 70 000 Amerikaner befragt, mit dem Ergebnis: "Die Leute, die Trump zuneigen, leiden etwas weniger unter Arbeitslosigkeit als dessen Verächter."

Das Bild vom "Lumpfenproletariat" (Karl Marx) trifft auch auf Deutschland nicht zu, wo die AfD gern als Rächer der Enterbten gezeichnet wird. AfD-Sympathisanten sind ebenfalls gebildeter als der Durchschnitt. Sie verdienen auch mehr und gehören zum reichsten Fünftel der Bevölkerung.

Der Aufstand der Abgehängten kann den Trumpismus nicht richtig erklären, nicht in einem Land wie Amerika, wo Vollbeschäftigung herrscht und die Reallöhne nach langer Stagnation seit einem Jahr wieder wachsen (plus 5,4 Prozent). Auch die Erwerbsquote steigt. David Brady, Wahlforscher in Stanford, der täglich den Puls der Nation fühlt, kommt der Sache schon näher, wenn er den Wutbürger beschreibt. Ob Republikaner oder Demokrat – der Wutbürger ist in beiden Lagern zu Hause, bildet sogar die Mehrheit.

Brady verweist auf die Zahlen. Fast neun von zehn "Roten" glauben, der Staat stehe unter der Fuchtel von "einigen wenigen Interessengruppen". Das meinen aber auch sieben von zehn "Blauen", zum Beispiel jene Collegestudenten, die sich für Bernie Sanders begeistert haben. Gefragt, ob sie nach Sanders' Niederlage nun Clinton wählen würde, antwortete eine junge Aktivistin: "Dann doch lieber Trump, weil der eben gegen den Status quo

anrennt." Eine Mehrheit in beiden Parteien, so David Brady, glaubt, dass Politiker "Lügner" und "Schummler" seien.

Einen krassen Unterschied aber gibt es doch. Douglas River von YouGov hat nachgefragt: "Wollen Sie einen Präsidenten, der das Land von Grund auf umkrempelt, auch wenn dann alles noch furchtbarer wird?" Acht von zehn Trumpisten sagen Ja, nur 20 Prozent der Clintonisten wollen ebenfalls den Umsturz, egal, was komme. Laura Stoker, Politologin in Berkeley, resümiert: "Die Wütenden gehen das Risiko ein, weil sie sich verarscht fühlen."

Das ist die beste Antwort auf die Frage: Warum bloß Trump? Die "Verarschten" unter den Republikanern wollen Krach und Krawall. Clintons Wähler – vorweg Hispanics, Schwarze, Einwanderer aller Couleur – fühlen sich ebenfalls vernachlässigt, erhoffen sich aber Rettung vom fürsorgenden Staat, den die Kandidatin verheißt. Die Verwerfungen einer galoppierenden Moderne schätzen beide Lager nicht. Doch wo Trump die Wut legitimiert, ja befeuert, redet Clinton von den "Bedauernswerten", etwa: Eure Pein kümmert mich nicht; ich setze auf klassische Klientelpolitik. Die anderen 40 Prozent, die Trump-Wähler, lassen sich aber nicht so einfach ausgrenzen wie die zehn bis 15 Prozent AfD-Sympathisanten.

Jeder will immer mehr für sich, aber dahinter wogt der Kulturkampf – wie in Europa. Es geht um materielle und symbolische Macht, um Schutz gegen den Vormarsch der Globalisierung, aber auch gegen die Kulturhoheit des Staates und der ihn tragenden Klasse. Es geht um Identität, Vertrautheit und Zugehörigkeit – und gegen offene Grenzen für Menschen, Waren und Kapital.

Die direkte Demokratie machte ihn möglich. Aber wohl nur dieses eine Mal

In Europa quälen Flüchtlinge, in Amerika die Einwanderer, die in der Geschichte immer wieder die Revolte der "Nativisten", der auf Vorrechte pochenden Alteingesessenen, entfesselt haben. Dazu drei Zahlen: 1970 lebten gerade mal zehn Millionen Neue in Amerika; heute sind es rund 45 Millionen, davon geschätzt elf Millionen Illegale. Ohne die Gärtner, Putzfrauen, Kellner und Straßenbauer aus Lateinamerika würde das Land nicht mehr funktionieren – genauso wenig wie England ohne seine Osteuropäer. Doch die ungeliebten Helfer seien eben "anders", heißt es.

Und der Wutbürger murrst: Wieso kriegen die Illegalen überhaupt einen Führerschein? (Auf den haben sie ein Anrecht in Kalifornien.) Wieso wird in den Schulen zweisprachig unterrichtet? Kein Wunder, dass Trump mit seiner "mexikanischen Mauer" punktet, obwohl die nie und nimmer gebaut wird. Seine Truppen fühlen sich eben wie "Fremde im eigenen Land". Das Gefühl ist faktenresistent; inzwischen verlassen mehr Mexikaner das Land, als hinzukommen.

Es bleibt dabei: Die Neuen sollen sich gefälligst hinten anstellen. Das glauben zumindest jene zwei Fünftel des Wahlvolks, die am 8. November "The Donald" wählen wollen. Sie

fühlen sich vergessen und abgehakt, während allerlei ethnische und sexuelle Minderheiten von "denen da oben" bevorzugt würden. Das klingt auch für europäische Ohren vertraut.

Und dennoch bleibt die Frage: Wieso Trump, dieser blonde Mussolini, der die Republikanische Partei gekapert hat? Die scheinbar abwegige Antwort lautet: "zu viel Direktdemokratie" – was eigentlich ein hehres Prinzip ist.

Früher hat das Partei-Establishment den Kandidaten gekürt – im "verrauchten Hinterzimmer". Heute bestimmt der Urwähler in allen 50 Staaten. Das Pech der "Grand Old Party"? Sechzehn Mitbewerber, die der Medienkünstler allesamt ausgetrickst hat.

Trump hat als Einziger die Gesetze des neuen Zeitalters geknackt: Wer provoziert, unterhält; wer so die Aufmerksamkeit monopolisiert, kriegt für 1,2 Milliarden Dollar – so eine Schätzung – Gratiswerbung im Fernsehen. Schließlich: Wen die Leute rund um die Uhr sehen, den wählen sie auch, verkündet die Forschung. Trump hatte im Vorwahlkampf den unschlagbaren Promi-Bonus.

Die direkte Demokratie lief diesmal so: Von 163 Millionen Wahlberechtigten hat ein Fünftel in den Vorwahlen der Republikaner votiert. Von diesen 31 Millionen haben 14 Millionen für Trump gestimmt. Ergo haben knapp neun Prozent des Wahlvolks den "Durchgeknallten" auf den Schild gehoben. Die dröge Masse bleibt zu Hause und überlässt den hoch motivierten Radikalen das Feld. In der winzigen Schweiz funktioniert die Basisdemokratie etwas besser.

Die düpierte Republikaner-Führung wird es sich für 2020 merken und die Regeln so ändern, dass beim nächsten Konvent die Partei das Sagen hat. Zum Beispiel durch tausend "Super-Delegierte" – Amtsträger, bewährte Kämpen –, die nicht vom gemeinen Volk entsandt werden. Just so haben die Demokraten die Parteitagsrevolte der Sandernistas im Keim erstickt.

Wenn Trump nach dem 8. November zurück ins Reality-TV muss, wird es 2020 keinen zweiten Trump geben. Dafür wird die Partei schon sorgen. Ein klitzekleines Problem bleibt: Wie jene vierzig Prozent wieder einfangen, die den Freibeuter haben wollten? Die kann man nicht abwählen. Sie wollen nicht "Fremde im eigenen Land" sein, so wenig wie die Wutbürger von Athen und Madrid. Die EU, die märchenhafte Gewinnerin der Globalisierung, zeigt, wo es langgeht: Die Grenzen werden undurchdringlicher, der Nationalstaat kurbelt an den Zugbrücken.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2016/45/donald-trump-aufstieg-direkte-demokratie>